

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Abend), 25. November 2020 / Mercredi soir, 25 novembre 2020

**Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion /
Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration**

18 2020.RRGR.70 Motion 049-2020 Blum (Melchnau, SP)
Förderung der Kinder kann nicht früh genug beginnen – Nutzen wir die Chance der
frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE)!

18 2020.RRGR.70 Motion 049-2020 Blum (Melchnau, PS)
Le développement des enfants doit commencer le plus tôt possible – Saisissons
l'opportunité offerte par l'éducation et l'accueil des jeunes enfants (EAJE)

Präsident. *(Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche.)* Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen, damit wir die Beratungen wieder aufnehmen können. Ich werde nach dem nächsten Vorstoss noch eine Information zum weiteren Programm abgeben. Wir müssen gewisse Umstellungen vornehmen. Weil jetzt aber doch eine ganze Anzahl Leute noch nicht im Saal sind, werde ich es nach dem nächsten Geschäft machen. Wir sind beim Traktandum 18, einer Motion von Grossrätin Christine Blum: «Förderung der Kinder kann nicht früh genug beginnen – Nutzen wir die Chance der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE)!» Die Regierung empfiehlt die Ziffer 1 anzunehmen und sie gleichzeitig abzuschreiben. Die Motionärin bestreitet die Abschreibung. Die Ziffern 2 und 3 wurden zurückgezogen. Wir behandeln nur die Ziffer 1. Ich gebe das Wort der Motionärin, Grossrätin Christine Blum.

Christine Blum, Melchnau (SP). Was ist der Nutzen der frühen Förderung? Im Vortrag zum Gesetz über die sozialen Leistungen (SLG) steht es glasklar: «Gelingt es, Kinder im Vorschulalter in ihrer Entwicklung bestmöglich zu fördern, so werden wichtige Grundsteine für eine positive Entwicklung im späteren Kinder-, Jugend- und Erwachsenenalter gelegt.» Dies wirke sich dann auf den späteren beruflichen Erfolg dieser geförderten Personen aus, und übers Ganze gesehen resultiere daraus ein volkswirtschaftlicher Nutzen.

Alles klar, aber welche Massnahmen braucht es denn, damit diese grosse Wirkung erzielt werden kann? Im Konzept «Frühe Förderung» aus dem Jahr 2012 und im Sozialbericht des Jahres 2015 werden einzelne Massnahmen aufgelistet, die besonders wirksam sind. Ziel des Ganzen ist es, dass bildungsferne und sozial benachteiligte Familien davon profitieren können und dass diese Angebote präventiv und niederschwellig ausgerichtet sind.

Die GSI hat intensiv an diesem Thema gearbeitet, vieles erreicht – das ist unbestritten – und brachte uns in der Frühförderung auch auf eine andere Schiene. Bis zur konsequenten Umsetzung der Massnahmen aus dem Konzept «Frühe Förderung» braucht es aber dann doch noch Einiges.

Zwei Aktionsfelder aus der Liste wurden im Zuge der Sparmassnahmen des Jahres 2018 gestrichen: Die Förderung von Spielgruppen und die Sicherstellung der Kinderbetreuung in Notsituationen. Wenn man bedenkt, dass jeder Franken, den man in diesem Bereich zielgerichtet einsetzt, einen ökonomischen Nutzen des mindestens Dreifachen abwirft, dann kann ich die Sparpolitik der Regierung nicht nachvollziehen.

Im SLG – dem Gesetz, das der Grosse Rat im September in der ersten Lesung behandelte – sollen die Angebote der Frühen Förderung festgehalten werden. Die entsprechenden Artikel sind allerdings sehr allgemein gehalten und wenige Angebote werden wirklich konkret aufgeführt. In der ersten Lesung kam immerhin die Entlastung von Familien bei Unfall und Krankheit doch noch ins Gesetz. Andere Angebote – wie beispielsweise die Assistenzdienste für Kinder und Jugendliche mit einem besonderen Pflege- und Betreuungsbedarf – aus dem Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (SHG) wurden nicht übernommen.

Auch zur Finanzierung der Frühen Förderung findet man wenig konkrete Angaben im SLG und genau bei dieser Finanzierung gibt es für den Kanton doch noch einiges zu tun. Es ist so, dass gut bewährte Massnahmen, die es bereits seit Jahrzehnten gibt und die flächendeckend angeboten

werden – wie zum Beispiel die Mütter- und Väterberatung des Kanton Berns (MVB) –, via Lastenausgleich durch Kanton und Gemeinden getragen werden. Bei neueren Massnahmen – wie dem neu entwickelten «Hausbesuchsprogramm plus» – müssen die Gemeinden zwei Drittel der Kosten selbst übernehmen. Aktuell gibt es laut einer Liste auf der Homepage im ganzen Kanton nur gerade sieben Gemeinden, die diese Kosten übernehmen und diese Programme mitfinanzieren würden. Von einer flächendeckenden Versorgung analog der MVB sind wir also noch unheimlich weit weg. Die Hausbesuchsprogramme werden im Konzept «Frühe Förderung» als besonders wirkungsvoll bezeichnet. Allerdings steht dort, dass sie gut vernetzt sein und flächendeckend umgesetzt werden müssten. Offensichtlich gibt es bei der Umsetzung der Massnahmen zur Frühförderung noch einiges zu tun. Die freiwilligen Angebote müssen verbindlicher geregelt und der Finanzierungsmodus geändert werden. Es müssen gute Chancen für eine gesunde Entwicklung geschaffen werden – möglichst für alle Kinder im Vorschulalter und im gesamten Kantonsgebiet.

Es gibt noch weitere Punkte aus dem Konzept «Frühe Förderung», die nicht umgesetzt wurden: Es besteht zum Beispiel noch Handlungsbedarf bei der Schnittstelle zwischen der Frühen Förderung und der Volksschule. Wahrscheinlich wäre die Schnittstelle gar nicht so gravierend, wenn die gesamte Frühförderung zur Bildungsdirektion wechseln würde – eine Massnahme, die es doch in einigen anderen Kantonen schon gibt. Offensichtlich ist aber der Kanton Bern noch nicht so weit und die Regierung noch nicht bereit, Schnittstellen wirklich konsequent und sinnvoll zu reduzieren. (*Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.*) Aus diesem Grund habe ich die beiden Punkte 2 und 3 der Vorlage zurückgezogen. Es ist mir ein Anliegen, dass die konsequente Umsetzung jetzt weitergeführt werden kann. Ich bestreite, dass Punkt 1 abgeschrieben werden soll, und danke Ihnen, wenn Sie dies auch tun.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Als Erstes gebe ich das Wort Grossrätin Christine Schnegg für die EVP.

Christine Schnegg, Lyss (EVP). Wir reden jetzt also nur noch über den Punkt 1. Die frühe Förderung ist nicht nur ein Herzensanliegen der Fraktion EVP, sondern auch mein ganz persönliches. Ich gebe meine Interessensbindung bekannt: Ich bin Präsidentin der MVB.

Familien in der Begleitung, Betreuung und Erziehung ihrer Kinder zu unterstützen, muss für den Staat eine wichtige Aufgabe sein. Damit meine ich nicht, dass man den Eltern ihre Kompetenzen und Freiheiten als Eltern abspricht. Wenn ein Kind aber einen optimalen Start ins Leben hat, profitiert die ganze Gesellschaft davon. Familien mit besonderen Herausforderungen brauchen auch besondere Unterstützung, und zwar schon ab Geburt ihres Kindes. Solche Familien sind zum Beispiel mit sprachlichen und kulturellen Barrieren konfrontiert. Dies können Alleinerziehende sein, Familien mit finanziellen Herausforderungen oder mit einer gewissen Bildungsferne. Ich unterstütze die Antwort der GSI. Ich anerkenne auch, dass vieles aus dem Konzept «Frühe Förderung» umgesetzt ist und dass auch noch weiterhin Anstrengungen unternommen werden, sozial benachteiligte und bildungsferne Familien besser zu erreichen.

Gerade hier hat die MVB ein wichtiges Mandat. Diesen Auftrag nehmen wir sehr ernst. Das neueste Beispiel «Hausbesuchsangebot plus», das meine Vorrednerin erwähnte, ist das, was die Fraktion dazu bewegt, die Abschreibung ebenfalls zu bestreiten. Dieses Angebot ist eine Möglichkeit für kleine Gemeinden, eine Dienstleistung für betroffene Familien bei der MVB einzukaufen. Es hat aber eben eine unglückliche Hürde bei der Finanzierung. Hier sind wir der Meinung, dass dieses wichtige Angebot ins Regelangebot der MVB aufgenommen und damit auch vollumfänglich vom Kanton finanziert werden sollte, damit nicht – wie bis jetzt – der Kanton ein Drittel und die Gemeinden zwei Drittel aufbringen müssen. Dies führt dazu, dass das Angebot nur zurückhaltend in Anspruch genommen wird. Dadurch geht für die Familien wertvolle Zeit verloren und bezahlen wird es später die ganze Gesellschaft, wenn sich die Startschwierigkeiten dieser Kinder dann in der Schule oder Ausbildung manifestieren.

Wir unterstützen den verbleibenden Punkt 1 und bestreiten auch die Abschreibung.

Präsident. Bevor wir weiterfahren: Es ist mir mitgeteilt worden, dass es hinten beim KAIO noch freie Kapazitäten gäbe. Wenn jemand also noch Informatik-Dienstleistungen braucht, kann er diese hinten abholen. Le mot pour le groupe PS-JS-PSA va à Samantha Dunning.

Samantha Dunning, Biel/Bienne (PS). Le groupe socialiste PS-JS-PSA soutient le 1^{er} point de la motion et refuse son classement. En effet, nous refusons le classement de cette motion car nous

considérons qu'il y a encore des lacunes dans la stratégie de développement de la petite enfance. En effet, Christine Blum nous en a fait un aperçu dans sa déclaration. Un aspect important, que je relève ici, est la question du financement des mesures, notamment ceux des programmes de visites à domicile, « petits:pas » et « visites à domicile plus » qui ne sont financés par le canton qu'à hauteur d'un tiers. Avec un tel financement, comment assurer que la mise en place des mesures soit accessible à l'ensemble du canton ? Comment assurer que les communes proposent ces offres aux familles ? Et qu'en est-il du développement des groupes de jeu ? Quelles sont les réflexions à ce jour ? Sans mentionner la question de la garde d'enfants dans les situations d'urgence.

Il y a donc encore trop de points d'interrogation pour classer cette motion. D'autant plus qu'il s'agit d'un domaine très important : la petite enfance, c'est le moment clé pour permettre aux enfants, qui un jour deviendront adultes, de développer les outils pour appréhender la vie et accéder à l'égalité des chances. Comme Christine Blum l'a dit, chaque franc investi dans ce domaine permet au final des bénéfices non seulement sociaux mais aussi économiques. Le groupe PS-JS-PSA vous invite donc à accepter le point 1 de la motion et de ne pas la classer.

Andreas Michel, Schattenhalb (SVP). Die Motionärinnen legen zu Punkt 1 dar, dass im Kanton Bern nicht alle Handlungsfelder des Konzepts «Frühe Förderung» bearbeitet wurden, das im Juni 2012 – also vor acht Jahren – verabschiedet wurde. Die GSI hingegen legt in der Motionsantwort ausführlich und unseres Erachtens umfassend dar, dass die wesentlichen Punkte des Konzepts abgearbeitet sind. Begründete Ausnahmen sind Fachtagungen, nach denen offenbar keine Nachfrage besteht, aber auch Finanzierungen im Zusammenhang mit der Qualität der Kindertagesstätten (Kita), zu der man im vorangehenden Geschäft ein gewisses Gegensteuer gegeben hat.

Natürlich gibt es bei den Tätigkeiten der verschiedenen involvierten Stellen immer laufende Veränderungen und damit eben auch immer wieder Optimierungsbedarf. Zum Beispiel hält die Regierung auch fest, dass die Zuständigkeit für die frühkindliche Betreuung und Erziehung eigentlich bei der GSI am richtigen Ort wäre. Die Abschreibung des verbleibenden Punktes der Motion scheint der SVP-Fraktion mehrheitlich gerechtfertigt.

Weil sie bestritten ist, lehnen wir diesen Punkt auch mehrheitlich ab.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Es wurde jetzt schon viel gesagt, warum die Frühförderung wichtig ist und warum man den Punkt 1 nicht abschreiben sollte. Um Zeit zu sparen, versuche ich daher etwas abzukürzen. In der Begründung des Vorstosses wird darauf hingewiesen, dass in weiten Teilen des Kantons weiterhin griffige Instrumente zur besseren Erreichbarkeit bildungsferner und sozial benachteiligter Familien im Bereich der Frühförderung fehlen. Der Regierungsrat bestreitet dies etwas pauschal. Wir Grünen anerkennen, dass viele Bemühungen unternommen wurden und weiter unternommen werden – vor allem auch auf Gemeindeebene. Wir finden es auch erfreulich, dass der Regierungsrat in der Antwort darauf hinweist, dass das Konzept «schrittweise» ein gutes Konzept ist und jetzt zum «Hausbesuchsprogramm plus» ausgebaut wird.

Christine Blum hat aber darauf hingewiesen, dass in diesem Bereich weiterhin noch keine Rede von einem flächendeckenden Angebot sein kann und auch andere Vorrednerinnen wiesen darauf hin, dass es eben auch noch Lücken in der Finanzierung gibt. Mit anderen Worten: Wir sind noch überhaupt nicht am Ziel, wir müssen nach weiteren Wegen suchen und die Bemühungen verstärken. Darum sollten wir diesen Punkt 1 nicht abschreiben. Um die sogenannten bildungsfernen und sozial benachteiligten Familien besser ansprechen und erreichen zu können, müssten wir vielleicht auch gerade versuchen, diese Familien für voll zu nehmen und ihnen mit einer anderen Haltung zu begegnen, als dies in politischen Diskussionen und Verlautbarungen der Behörden oft der Fall ist. Dort werden sie als Ausländer, als Sozialhilfeempfänger oder als schlechte Steuerzahler bezeichnet. Wir finden, man muss an diese Familien und Eltern gelangen und sie als gleichwertige Partner verstehen – als Mit- und Hauptverantwortliche für die frühe Förderung der jungen Generation. Wenn man mit dieser Haltung auf die Leute zugeht, gelingt es vielleicht auch besser, sie für eine aktive Beteiligung in der Frühförderung zu gewinnen. Ich danke darum allen, die *nicht* abschreiben wollen.

André Roggli, Rüschegg Heubach (BDP). Die BDP-Fraktion unterstützt die frühkindliche Förderung. Nach unserer Auffassung, ist sie bei der GSI auch am richtigen Ort und die GSI ist nach unserer Auffassung auf einem guten Weg mit den verschiedenen, bestehenden Angeboten. Wir unterstützen diese auch und stehen vollumfänglich dahinter. Darum nehmen wir die Ziffer 1 der Motion an mit gleichzeitiger Abschreibung, und zwar einstimmig.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). Ich würde auch nicht abschreiben. Aber seien wir doch ehrlich, warum die von meinen Vorgängern genannten Projekte noch in dieser Finanzierung eines Drittels und zwei Drittels sind. Wir haben es auch im Zusammenhang mit dem SLG länger diskutiert. Es ist rein darum, weil der Kanton Bern in Anbetracht der Millionendefizite – so viel ich hier hinten gehört habe – gesagt hat, es gäbe jetzt keine neue Finanzierung. Wir müssen aber nicht so tun, als...

Es ist ein spannendes Projekt, aber es hat anständige Diskussionen zur Abgrenzung gebraucht. Es gibt nämlich die Frage der Begleitung von Familien, die in zwei Bereichen sehr stark sozialbenachteiligt ist: Einerseits geht die Förderung der klassischen Familienbegleitung mit dem Gesetz über die Leistungen für Kinder mit besonderem Förder- und Schutzbedarf (KFSG) neu zum Jugendamt über, und zweitens wird es primär über Projekte des Roten Kreuzes finanziert, wenn es um sogenannt bildungsferne Migrationsfamilien geht. Meistens ist die Finanzierung dann hälftig, ganz klar aber nach einer Entscheidung der Sozialhilfe oder der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), die es anordnen. Man muss also nicht tun, als gäbe es dies nicht. Es gibt diese Projekte auch jetzt schon. Ich will es nicht gegeneinander ausspielen, aber seien wir ehrlich: Es hängt primär mit Finanzierungsproblemen zusammen, die wir zurzeit noch haben und aufgrund der Corona-Thematik in den nächsten Jahren noch haben werden. Es ist daher logisch, dass wir diesen Punkt noch nicht abschreiben sollten, aber wir müssen nicht meinen, dass wir es in einem Jahr ändern können werden.

Präsident. Es gibt keine weiteren Fraktionsvoten. Grossrätin Lydia Baumgartner ist Einzelsprecherin.

Lydia Baumgartner, Jegenstorf (SP). Als Gemeinderätin kann ich aus Erfahrung reden und bestätigen, was bereits mehrfach gesagt wurde. Alle von Ihnen, die einen näheren Bezug zum Bildungs- oder Sozialbereich auf Gemeindeebene haben, wissen wie wichtig das frühe Erkennen potentiell gefährdeter Familien ist. Viele Gemeinden haben die niederschwelligen Angebote begrüsst – wie jenes von „schrittweise“ oder das um einiges kostengünstigere Angebot „Hausbesuch plus“ der MVB. Solche Angebote erlauben es den Gemeinden bei Familien mit einem erhöhten Risikopotential niederschwellig, präventiv, wirkungsvoll und rechtzeitig einzuwirken. Für die Gemeinden ist es jedoch wirklich nicht nachvollziehbar, dass die Hauptlast der Finanzierung dieser niederschwelligen Angebote den Gemeinden übertragen wurde.

Der Regierungsrat schreibt in seiner Motionsantwort, die Angebote seien noch zu wenig bekannt und zu wenig vernetzt. Ich bin eher der Meinung, dass das aktuelle Finanzierungssystem die Gemeinden zum Warten verleitet und hier kann ich wirklich aus Erfahrung sprechen. Es ist nachweislich bekannt, dass der finanzielle Aufwand bei frühzeitiger Intervention um ein x-faches geringer ausfällt, als wenn Folgeschäden behandelt werden müssen. Die Gemeinden wählen aufgrund der aktuellen Finanzierungsstruktur aber die teure Variante. Der Regierungsrat steht hier in der Pflicht. Ich respektiere die schwierige finanzielle Situation, aber ich glaube, dass wir hier wirklich sparen könnten.

Präsident. Je donne la parole à M. Pierre Alain Schnegg.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la santé, des affaires sociales et de l'intégration. Toutes les mesures prévues dans la Stratégie cantonale de développement de la petite enfance ont été lancées à ce jour, à l'exception de celles qui concernent les journées et réunions cantonales de mise en réseau, au vu du manque de besoin. La mise en œuvre des deux mesures suivantes a été suspendue après un examen détaillé : il s'agit premièrement de la collaboration entre le Centre de puériculture et le Service psychologique pour enfants et adolescents (SPE) dans le cadre de consultations communes, et ce, faute de demandes. Et deuxièmement, le relais vers les solutions de suivi en raison d'obstacles en lien avec la protection des données.

Les attributions de la Conférence de la famille ont été transférées à la CSoc, tandis que le programme de visites à domicile « petits:pas », cité dans la Stratégie de développement de la petite enfance de 2012, a été complété par le programme « plus ». De pouvoir atteindre les familles aux prises avec une situation sociale précaire et peu favorisées sur le plan de la formation, ne fait pas l'objet d'une offre en soi, il s'agit d'un objectif transversal, commun à toutes les offres proposées dans le domaine de la petite enfance. Permettez-moi de citer, à titre d'exemple, le Centre de puériculture et les programmes de visites à domicile qui collaborent avec des « bâtisseurs de ponts » dont les compétences en interprétariat culturel facilitent les contacts avec le groupe cible.

Deuxièmement, les offres de formation à bas seuil destinées aux personnes aux prises avec une situation sociale précaire et peu favorisées sur le plan de la formation sont conçues pour que celles-ci puissent en profiter. Ou encore, que les enfants dont le langage n'est pas suffisamment développé pour leur âge aient la possibilité de bénéficier d'un soutien dans le cadre d'une prise en charge extra-familiale.

C'est pourquoi le gouvernement vous propose d'adopter ce point et de le classer ; si vous voulez changer quelque chose au financement, alors je pense qu'il serait préférable de déposer une motion traitant clairement de ce point-là, mais au niveau de la Stratégie cantonale tout a été mis en œuvre, la motion peut donc être classée. Merci de votre compréhension.

Präsident. Wir befinden über Punkt 1 des Traktandums 18, der Motion von Grossrätin Blum zur Frühförderung der Kinder. Wer Ziffer 1 der Motion annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.70; Ziff. 1)

Vote (2020.RRGR.70 ; ch. 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 114

Nein / Non 38

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben die verbliebene Ziffer 1 dieser Motion angenommen, mit 114 Ja-Stimmen gegenüber 38 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wie angekündigt, nun eine Information zum weiteren Programm. (*Unruhe / Agitation dans la salle*) Die Abschreibung, natürlich – le classement. Excusez-moi. Das passiert, wenn man etwas zu schnell vorausdenkt.

Wer Ziffer 1 dieser Motion abschreiben will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.70; Ziff. 1; Abschreibung)

Vote (2020.RRGR.70 ; ch. 1; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 80

Nein / Non 72

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben die Ziffer 1 dieser Motion abgeschrieben, mit 80 Ja-Stimmen gegenüber 72 Nein-Stimmen.

Information zum weiteren Programm: Weil es uns zeitlich ziemlich durcheinandergewirbelt hat, konnten wir die Geschäfte nicht in der Reihenfolge der ursprünglichen Planung abarbeiten. Ich bin morgen aus privaten Gründen den ganzen Tag abwesend. Es handelt sich um eine Abdankung in meinem engsten Familienkreis. Wir können darum die Grossratsgeschäfte nicht wie geplant durchführen, weil der Vizepräsident viele, viele Traktanden bestreiten müsste und den Rat daher nicht gleichzeitig leiten könnte. Das Präsidium hat darum in Absprache mit den Vertretungen der Regierung festgelegt, dass wir morgen früh mit den Kreditgeschäften der Justizleitung anfangen und danach die Geschäfte der STA machen – ab Traktandum 34 –, nach den STA-Geschäften dann die der FIN, der BVD und nächste Woche die Grossratsgeschäfte. Ich entschuldige mich für diese Unpässlichkeit und bitte gleichzeitig um Ihr Verständnis dafür. Noch einmal – morgen: Justizleitung, Staatskanzlei, dann Finanzen.